

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
21½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate
1½ Sgr. für die fünfgepal-
tene Zeile oder deren Raum,
Klammern verhältnismäßig
höher) sind an die Expedi-
tion zu richten und werden
für die an demselben Tage er-
scheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags an-
genommen.

Amtliches.

Berlin, 23. August. Se. Maj. der König haben Allergnädigst ge-
ruht: Den bisherigen Regierungs-Assessor Alphon von Bastron auf
Schönberg zum Landrathe des Kreises Lauban, im Regierungsbezirk Lieg-
nitz, zu ernennen.
Der praktische Arzt Dr. Brauneck zu St. Wendel ist zum Kreisphysi-
kus des Kreises St. Wendel ernannt worden.

Telegramme der Posener Zeitung.

Wien, Montag 22. August Nachm. Die Militär-
parade vor Sr. Majestät dem Könige von Preußen hat
heute Vormittag auf dem großen Schmelzer Exercierplatz
bei günstigem Wetter stattgefunden. Auf dem Wege von
Schönbrunn dahin wurde der König von den zahlreichen
Zuschauern mit lebhaftem Zuruf begrüßt. Demnächst großes
Galadiner in Schönbrunn und später eine Wasserfahrt in
Laxenburg.

Lübeck, Montag 22. August, Abends. Der Prinz
Humbert von Italien, mit dem Nachmittagszuge hier ein-
getroffen, ging nach einstündigem Aufenthalt mit dem Post-
dampfschiff „Ellida“ nach Kopenhagen ab.

Paris, Montag 22. August Nachm. Der Kaiser
reist heute Abend ins Lager von Chalons.

Genf, Montag 22. August Nachm. Bei der Staats-
rathswahl gaben 11,000 Wähler ihre Stimmen ab. Che-
neviers erhielt eine Majorität von 326. Indessen faßte
das Centralbureau die Wahl wegen vorgefallener Unregelmäßigkeiten, was eine große Aufregung hervorruft.

Die Adresse der bairischen Bischöfe an ihren König

leitet den Verfall des kirchlichen und gesellschaftlichen Lebens vorzugsweise
aus der verringerten Einwirkung der Kirche auf die Schule her und setzt
alle Hoffnung auf die Wiederunterwerfung der Schule unter die Autori-
tät der ersteren. Es ist möglich, daß der Klerus als solcher sich bei der
unbeschränkten Herrschaft über die Schule ganz wohl befinden würde,
aber ob auch die Kirche und die Schule, das ist der Prüfung werth.
So lange der Klerus das Dogma von der alleinseligmachenden Kirche
mit einer Schroffheit festhält, wie es die vorliegende Adresse thut, kann
wohl kein rationell Gebildeter von der engen Verbindung der Schule mit
der Kirche etwas Ersprießliches hoffen. Die Schule soll nach heutiger
Auffassung eine Stätte freier geistiger Bildung, nicht der Tummelplatz
religiöser Leidenschaften sein. So lange aber Dogmen, wie das erwähnte,
an die Spitze des Unterrichts gestellt werden, wird die Intoleranz herr-
schen und dogmatische Tüfteleien werden alle nützliche und bildende Lehre
aus den Schulstufen verdrängen. Man sage, welchen Vortheil hat das
unreife Kind von dem mühsamen Anlernen spitzfindiger Dogmen und
der unausgesetzten Wiederholung kirchlicher Unterscheidungslehren, womit
heute in katholischen Ländern noch die meiste Zeit des Unterrichts erschöpft
wird? Selbst bei uns wird dem Katholismus noch zu viel Zeit und
Kraft gewidmet. Weniger ist hier mehr. Mit Katholismusphrasen
allein wird Niemand durch die Welt kommen, die Schule ist dazu da,
eine praktische Verstandesbildung zu geben, ohne welche wir im Leben
nichts sind, daneben aber selbstverständlich die religiöse Grundlage zu pfle-
gen, welche die häusliche Erziehung gelegt hat oder legen soll, und die
nicht auf auswendig gelernten Formeln beruht, sondern in Herz und Ge-
sinnung aufgenommen ist, also wenn sie wahr sein soll, nicht mit dem
Haß gegen Andersdenkende und dem frivolen Gespötte über abweichende
religiöse Formen beginnen darf.

Der bairische Episkopat hofft aber von der häuslichen Erziehung
gar nichts, weil nach seiner Meinung die christlichen Familien mehr
oder weniger vom kirchlichen Glauben abgefallen seien. — Wir möchten
aber fragen, woher diese Erscheinung, wenn es sich so verhält, komme?
Hat doch in der Kirche die Geistlichkeit das Wort ganz allein, der Staat
redet nicht darin, sie kann schalten und walten über die Gemüther der
Gläubigen, und ihre Sache ist es daher, den Abfall von der Kirche zu
verhüten. Warum gelingt es ihr nicht? Warum! weil sie dem gebildeten
Geist keine Nahrung giebt, weil sie ihn durch ihren schroffen, reinmittel-
alterlichen, antichristlichen, ja oft der Sittlichkeit Hohn sprechenden
Standpunkt abtödt, weil sie den Gebildeten herunterzuziehen, nicht den
Ungebildeten zu erheben beflissen ist. Wir sprechen hier von der Mehr-
zahl, der edleren Ausnahmen vergessen wir nicht. Aber, weil wir die
Behauptung, daß die Mehrzahl des katholischen Klerus sich der freien
Bildung feindselig zeige, vertreten zu können glauben, würden wir ein Un-
glück für die künftige Generation darin sehen, wenn die Schule wieder
ganz die Domäne des Klerus würde; und nun gar in Baiern!

Die Periode der politischen Reaktion, in der wir uns augenblicklich
befinden, kann uns hierüber jeden Zweifel entreißen, indem sie auf allen
Seiten den kirchlichen Fanatismus weckt und uns in sprechenden That-
sachen zeigt, wie viel Obskurantismus im gemeinen Volke noch steckt
und wie wenig die Kirche thut, ihm ein Ende zu bereiten. Wir sehen in
Köln den Reliquienkultus wieder in seiner vollen Blüthe, es kann uns
das Ziel all' der klerikalen Demonstrationen nicht entgehen, die in Nassau,
Württemberg und selbst im freien England systematisch aufzutauchen, wir
dürfen nur einen Blick nach Rom richten und uns den „religiösen“
Kinderraub vergegenwärtigen, um uns zu entscheiden, ob wir dieser Kirche
die Erziehung der Jugend überlassen wollen und können.

Im Uebrigen haben wir die beruhigende Ueberzeugung, daß es mit
der Schule, da wo sie eine angemessene Unabhängigkeit von der Kirche

genießt (ganz getrennt davon ist sie ja fast nirgends), so schlimm nicht
steht, wie die Herren Bischöfe behaupten. Das Falsche ihrer Anschauungs-
weise liegt eben darin, daß sie den Werth der Schulbildung in etwas
Anderem suchen, als worin er nach Vernunftgrundsätzen zu suchen ist.
Sie wollen die Jugend für die Kirche erziehen, die Schule aber soll sie
fürs Leben bilden, und das heutige Leben macht andere Ansprüche, als
die fromme Beschaulichkeit erfüllen kann; die Drahtpuppen einer in gei-
stigen Dingen herrschenden Autorität haben ihre Zeit gehabt. Wenn sich
die katholische Kirche dem Zeitgeiste nicht verschließt, sondern sich seiner
zu bemächtigen und sich den Faktoren anzureihen weiß, die seine Rich-
tung bestimmen, wird sie auch ihren verlorenen Einfluß auf die Familie
wieder gewinnen und mittelst desselben auf die Schule und Erziehung
einzuwirken vermögen. Führt sie aber fort, mit einer Macht zu kämpfen,
die stärker als sie ist, dann wird ihr Schicksal sein, isolirt zur Seite des
strömenden Lebens zu stehen und immer mehr zu verfinstern, bis sie zum
reinen Betrefakt geworden. Die Schule aber hat eine große Zukunft,
und diese Zukunft wurzelt in der freien Entwicklung. Wenn sie aber be-
herrscht werden soll, wird es ihr immer mehr frommen, vom Staate,
als von der Kirche beherrscht zu werden; denn der Staat kann wenigstens
nie in geistigen Tod versinken, auch nie so weit fallen, den Glaubenshaß
zum Dogma zu machen.

Deutschland.

Preußen. * Berlin, 22. August. Zufolge Mittheilungen
aus Wien hätte Graf Rechberg einem mittelstaatlichen Gesandten die
Versicherung gegeben, daß Preußen den Forderungen Oesterreichs in Be-
zug auf die Betheiligung des Bundes an der provisorischen Regierung
für die Herzogthümer Rechnung getragen habe und daß der desfalls dem
Bunde vorzulegende Antrag nur noch der formellen Redaktion bedürfe,
welche man sofort nach dem Eintreffen des Hrn. v. Bismarck in Angriff
nehmen werde. — Die „N. A. Z.“ berichtet heute selbst ihre Nachricht,
daß der Baron v. Richthofen nach Wien gegangen sei; dieser Diplo-
mat ist auch gar nicht dazu ausersehen, dem dortigen Bevollmächtigten
zu assistiren. — Eine kurze Verzögerung in der Auslieferung der dani-
schen Kriegsgefangenen unmittelbar nach dem Abschluß des Friedens hatte
in der Presse zu verschiedenen Vermuthungen Anlaß gegeben, die sich als
falsch erwiesen haben. Die „N. A. Z.“ erzählt hierüber Folgendes:
„Nach Art. 8 des von den Bevollmächtigten Preußens, Oesterreichs und
Dänemarks unterzeichneten Waffenstillstandsprotokolls sollten die dani-
schen Kriegsgefangenen gegen die Zuficherung in Freiheit gesetzt werden,
daß sie vor dem Abschluß des Friedens nicht in der dänischen Armee dienen
würden. Dieser Bestimmung entsprechend haben die dänischen Bevoll-
mächtigten auf Anordnung ihrer Regierung dem königl. preussischen Ge-
sandten in Wien die hierauf bezügliche zusichernde Erklärung unter dem
8. d. M. schriftlich übergeben. In Folge dessen hat denn auch die
Auslieferung der dänischen Kriegsgefangenen stattgefunden. — Gu-
tem Vernehmen nach wird der Kaiser von Rußland am 6. Sep-
tember von Petersburg hier eintreffen und für einige Tage im russischen
Gesandtschaftshotel Wohnung nehmen. Zusammen mit demselben kommt
auch der Großfürst Konstantin nach Berlin. Der Kaiser Alexander be-
giebt sich von hier zu seiner Familie nach Württemberg. — In diesen
Tagen kam der Generalmajor v. Alvensleben, Kommandeur der 5. In-
fanteriebrigade, welcher mit dem Befehl über die auf der Insel Rügen
concentrirt gewesenen Truppen beauftragt war, von dort hier an. Die
Insel ist nunmehr von sämtlichen Besatzungstruppen geräumt. Auch
in dieser Thatsache liegt ein Zeugniß für die in den hiesigen Regierungs-
kreisen bestehende Meinung, daß es zu einem Wiederausbruch des Kampfes
mit Dänemark nicht kommen werde. Ein noch bedeutungsvoller Zeugniß
dafür liefert die neuerdings eingetretene ansehnliche Erweiterung der
Truppenreduktionen auf dem Kriegsschauplatz. Den bezüglichen
Anordnungen gemäß werden von den preussischen Heereskörpern außer
sämtlichen Landwehrmannschaften nunmehr auch alle Reservisten ent-
lassen. Bei den einzelnen mobilen Bataillonen sollen bis zu 250 Mann
entlassen werden, so daß dieselben eine Effectivstärke von nur 602 Mann
behalten. Doch wird für diese Verminderung ihres Bestandes theilweise
eine Ergänzung stattfinden, und zwar durch Heranziehung von Mann-
schaften aus den Ersatzbataillonen. Die bekanntlich in den heimathlichen
Garnisonen der Regimenter organisirten und ausgebildeten Ersatzbatail-
lone werden dann aufgelöst. Auch die zur Kompletirung der Artillerie
angekauften Augmentationspferde sollen wieder veräußert werden. Bei
den nicht mobilen Truppentheilen der Armee erfolgt nach Beendigung der
Herbstübungen die Entlassung der dreijährig gedienten Mannschaften zur
Rekrute. Dieselbe wird überall noch vor Ablauf des Monats September
eintreten. Vom 15. Oktober an soll dann die Einstellung der neu aus-
gehobenen Rekruten stattfinden. — Der Handelsminister Graf v. Tzen-
plitz ist heute hierher zurückgekehrt.

— Der hiesige „Publizist“ erklärt, daß in denjenigen gowerne-
mental Kreisen, in welchen sich dies Blatt bewegt, man durchaus der
Ansicht sei, daß die schleswig-holsteinische Landesversammlung, auf Grund
des Art. 32 der Verfassung von 1848, das unbedingte Dispositions-
recht über die Verwendung des schleswig-holsteinischen Kontingents be-
halten müsse, und daß somit, für den Fall einer Militärkonvention mit
Preußen, von der Verwendung dieser Truppen ohne die jedesmalige Er-
laubnis der schleswig-holsteinischen Landesversammlung nicht die Rede
sein könne. — Es sind dies, bemerkt dazu die „N. A. Z.“, jedenfalls
sehr merkwürdige Kreise, die Kreise des „Publizisten“.

— Gestern langten die Reservisten des 60. Regiments und des
3. Jägerbataillons vom Kriegsschauplatz zurückkehrend hier an.
Der größte Theil der Mannschaften war mit Dekorationen und Krän-
zen geschmückt; eine Fahne, die ihnen vorangetragen wurde, trug das
Datum des Ehrentages dieser Truppen: „Düppel, 18. April.“ In
allen Straßen, welche der Zug der heimkehrenden Krieger passirte, wurde
er von einer freudigen Volksmenge begrüßt.

— Heute Nachmittag trifft die Pontonier-Kompagnie des Ost-
preussischen Pionier-Bataillons vom Kriegsschauplatz hier ein; sie geht
morgen nach ihrer Garnison Danzig ab. Dem Vernehmen nach kehren
die sämtlichen nach dem Kriegsschauplatz entsendeten Pontonier-Kom-
pagnien der Pionier-Bataillone 1, 2, 4, 5, 6 und 8 nach ihren Frie-
densgarnisonen zurück und werden daselbst demobil gemacht.

— Die „Weiser Zeitung“ bricht in folgenden Sätzen den Stab über
das Institut des deutschen Bundes. „Derselbe habe sich“,
schreibt das Blatt, „ebenso unfähig gezeigt, wie das Reich vor ihm, der
deutschen Nation Dasjenige zu gewähren, was ein Volk am wenigsten
von allen Dingen entbehren kann, die äußere Sicherheit und die Achtung
der Nachbarvölker, jene Achtung, welche im internationalen Leben die
nämliche Rolle spielt, wie die Scheu vor der Polizei und der Justiz im
bürgerlichen Dasein. In unserer täglichen Existenz verlangen wir vor
Allem der Mühe überhoben zu werden, stündlich unsere ganze Sorge und
Kraft auf die Beschützung unserer Person und unseres Eigenthums zu
verwenden; als Nation müssen wir einen Zustand begehren, welcher uns
durch den Respekt, den unsere Macht einflößt, Sicherung vor den Ueber-
griffen fremden Ehrgeizes verbürgt. Im Jahre 1816 gab man uns den
Bund und betheuerte uns, daß er die Sorge für unsere Sicherheit und
unsere Würde übernehmen werde. So lange eine ernstliche Probe seiner
Leistungsfähigkeit mangelte, mochte man allenfalls sich dabei beruhigen;
man mochte wohlgefällig zusammenrechnen, wie viele Hunderttausende
das Bundesheer zähle; man mochte sich gegen die Erkenntniß verschließen,
daß das Bundesheer leider kein Heer, sondern nichts weiter als eine An-
zahl selbstständiger Truppenteile mit einer papiernen Organisation,
aber ohne lebendigen Organismus sei. Sobald der Bund auf die Probe
gestellt ward, offenbarte er seine angeborene Unfähigkeit. Gewöhnlich
tröstete man sich mit dem Gedanken, daß die Stunde der Noth die rich-
tigen Reformen schon erzwingen werde; aber die Stunde der Noth ist ge-
kommen, und wir sind von der richtigen Reform noch so weit wie immer
entfernt. Der Bund zeigt sich lahm an Haupt und Gliedern, außer
Stande zu Entschlüssen, außer Stande noch viel mehr zum Handeln.
Die äußerste Grenze seiner Energie ist eine Negative, die ihm hin und
wieder, unter außerordentlichen Anstrengungen noch gelingt; die höchste
Form seiner Willensäußerung ist die Rechtsverwahrung, welche in der
Politik bekanntlich nur ein anderer Ausdruck für Abdankung ist.“

— Der internationale Kongreß zu Genf zum Abschluß
eines Konfordsats für die Neutralität der Heilanstalten für Verwundete
und deren Verpflegungspersonal hat seine Arbeiten beendet. Die Dele-
gationen von fünfzehn Regierungen sind dem Programm des Kongresses
beigetreten.

Königs, 20. August. Auf dem am 16. d. M. stattgefundenen
Kreistage ist beschlossen worden: Die Hergabe des freien Grund und
Bodens für die Eisenbahn Ramin-Dirschau (früher Belgard-Dirschau)
ist, nachdem die Verzichtleistung der Herren Gutsbesitzer Rasche, Ham-
mer, v. Sittorski, Borgwardt und Wiems auf jede Entschädigung accep-
tirt war, mit 35 Stimmen gegen 2 unter der Bedingung beschlossen,
daß die Bahn über Zabno und Karszyn geht, an welchen Drischau
Bahnhöfe zu stehen kommen müssen, und nicht mehr als die im Stein-
ischen Anschlag bestimmte Morgenzahl abgetreten und entschädigt wird.
Die Aufbringung der Entschädigungssummen erfolgt in den Jahren
1865 und 1866 nach der Einkommen- und Klassensteuer. Dagegen ist
jede Hergabe freien Grundes und Bodens verweigert, sobald die Bahn
eine andere Richtung nehmen sollte. Zur Unterhandlung mit den Land-
eigenthümern über die Entschädigungssumme ist eine freisündliche Kom-
mission erwählt, bestehend aus den Rittergutsbesitzern v. Sittorski auf
Gr. Chelm, v. Sittorski auf Lesno und Rasche auf Zabno. (D. Z.)

Thorn, 21. August. Ein sehr erfreulicher Verwaltungsbericht
ist zur Kenntnißnahme der Stabverordneten-Versammlung über den
Betrieb der städtischen Gasanstalt vom 1. Juli 1863 bis dahin
1864 gelangt. Die Zahl der Gasflammen war nach dem ursprüngli-
chen Baue auf 1400 private und 161 öffentliche Flammen berechnet,
sie beträgt jetzt 2250 private und 185 öffentliche Flammen. Im Jahre
sind 64½ Mill. Kubitfuß, 1½ Millionen Kubitfuß mehr als im Vor-
jahre, Gas produziert worden, von welchem Quantum über 5/10 Mill.
Kubitfuß auf den Privat-Konsum und über 1 Mill. auf die öffentliche
Beleuchtung kommen. Der Verlust betrug nur 6,08 Proz. (D. Z.)

Oesterreich.

— Der akademische Senat der Universität zu Vemberg hat
einstimmig beschlossen, dem Statthalter Grafen Mensdorff-Pouilly eine
Vorstellung gegen den, sein Wahlrecht suspendirenden Erlaß des Statt-
halter-Stellvertreters Feldmarschall-Lieutenant v. Vamberg zu überrei-
chen und ihn um Zurücknahme desselben zu bitten, sowie auch das
Staatsministerium hiervon in Kenntniß zu setzen.

— Unter dem am 14. von Theresienstadt in ihre Heimath beför-
derten dänischen Kriegsgefangenen sind auch jene drei wegen
Spionage zu zehnjährigem Kerker verurtheilt gewesenen Jütländer in
Freiheit gesetzt worden, über deren Verurtheilung früher berichtet wor-
den war.

Württemberg. Stuttgart, 20. August. Unsere Ul-
tramontanen können es immer noch nicht verschmerzen, daß sie in
Betreff der beabsichtigten Errichtung eines Klosters vom Ministerium
abschlägig beschieden worden sind. Voraussetzungsweise dürften sie un-
ter dem neuen Könige für ihre Pläne weniger zu hoffen haben, als unter
dem verstorbenen. Derselbe ist gut protestantisch gesinnt, auch die Kö-
nigin wird den anmaßlichen Bestrebungen Roms so wenig hold sein, wie
ihr kaiserlicher Bruder. Uebrigens hat die früher so mächtige Fürspre-
cherin der Ultramontanen in Württemberg keinen Einfluß mehr.
(D. A. Ztg.)

Hessen. Mainz, 17. August. In der heutigen Sitzung des Ver-
einstitages der deutschen Genossenschaften begründete Herr Max
Wirth als Berichterstatter der Abtheilung folgenden, demnächst von der Ver-
sammlung angenommenen Antrag:

Der Vereinstag wolle den Unterverbänden empfehlen, Erfahrungen über diejenigen Industriezweige zu sammeln, in welchen ein gemeinschaftlicher Geschäftsbetrieb mit Erfolg unternommen werden kann, insbesondere aber in ihren Kreisen die Gründung von Genossenschaften zur Erleichterung und Benußung gemeinsamer Werkstätten mit Triebkräften und Maschinen zu empfehlen.

Hieran schloß sich dann ein Bericht des Vorstandes und Geschäftsführers der Produktiv-Association der Berliner Stuhlarbeiter, Herrn Petri, über die Entstehung und Einrichtung seiner Genossenschaft an. Hiernach hat dieselbe mit großer Vorliebe und klein das Geschäft angefangen. Zur Zeit besteht sie aus 92 Mitgliedern, und arbeitet mit 6—7 Webstühlen. Petri ist der disponierende Geschäftsführer, welchem ein fortwährend kontrollirender und insbesondere die Verkaufspreise festsetzender Verwaltungsrath zur Seite steht. Die Mitglieder, soweit sie nicht durch die Arbeitsvergebungen der Genossenschaft beschäftigt sind, arbeiten wie selber für die Fabrikanten. — Leider gestattete die Zeit nicht, noch weitere spezielle Fragen aus dem Schooße der Versammlung an den Berichterstatter zu richten.

In Betreff der Konsumvereine entspinnt sich eine längere Debatte über die Frage, ob Markensystem oder eigene Lagerhaltung? Die verschiedenen, nach den einzelnen Richtungen hin gestellten Anträge wurden schließlich durch folgende, von Bürgers eingebrachte Tagesordnung beseitigt:

In Erwägung: 1) daß über die Systeme, nach welchen Konsumvereine bestehen, so wie über deren Kombination noch nicht hinlängliche Erfahrungen gesammelt sind, um dem einen Systeme vor dem andern oder irgend einer Kombination derselben den Vorzug zu geben,

2) daß ferner schon die Debatte selbst zu einer Klärung der Ansichten, über die vorliegenden Fragen beigetragen hat,

geht der Vereinstag über die zwei gestellten Anträge zur Tagesordnung über. Nach einer kurzen Pause erstattete Herr Spiethoff aus Westfalen Bericht über die Frage der Vertheilung der Dividende an die Konsumvereine. Redner empfiehlt den Antrag des Rostocker Konsumvereins, nach welchem die Dividende lediglich nach Maßgabe der Einlagen und nicht nach Maßgabe des Umsatzes zu bestimmen sei. Richter (Düsseldorf) ist gegen den Antrag. Die meisten Vereine vertheilen die Gewinne nach dem Muster des Rostocker Pioniers nach Maßgabe des Umsatzes. Einige halten die Mitte zwischen beiden Systemen. Das eingeschlossene Kapital sei hauptsächlich nötig zu den Einrichtungskosten, die sich gleich bleiben, ob der Umsatz groß oder klein sei. Das Betriebskapital aber steige nicht mit dem vermehrten Umlauf (?). Auch müsse der Reiz, daß der Ankauf im Konsumvereine einen Gewinn zur Folge habe, als ein wesentliches Förderungsmittel der Vereine betrachtet werden. Der Antrag Spiethoff's:

Der Vereinstag empfehle den Konsumvereinen die Vertheilung der Dividende in Konsumvereinen nicht nach der Summe der entnommenen Waare, sondern nach dem Guthaben der Mitglieder vorzunehmen wird abgelehnt.

Es wird nunmehr zur Berathung der Angelegenheiten der Rohstoffvereine geschritten und folgender Antrag der Schneider-Association zu Dresden

Der Vereinstag wolle beschließen: Die Unterverbände sind anzuweisen, innerhalb ihres Bezirks über die Buchführung der Rohstoffvereine und Produktivgenossenschaften Ermittlungen anzustellen und in Verbindung mit der Anwaltschaft Musterchemas zur Buchführung auszuarbeiten und zu veröffentlichen;

ebenso ein Zusatz Wiener's, der dahin geht, daß der Vereinstag zugleich den Unterverbänden anempfehlen möge, auch die Erfahrungen der Buchführung der Konsumvereine zu sammeln und zu veröffentlichen, ohne Debatte angenommen.

Von derselben Seite ist ein Antrag in Betreff der großen Nachteile des langen Kreditgebens von Seiten der Handwerker eingelaufen; da der Gegenstand eigentlich nicht direkt mit den Zwecken des Vereinstages zusammenhängt, die hohe Bedeutung der Sache aber gewiß von keiner Seite verkannt wird, so hält es Becker für angemessen, folgende motivirte Tagesordnung vorzuschlagen:

Der Vereinstag zieht in Erwägung, daß 1) das Kreditgeben der Handwerker an ihre Kunden zwar ein großer Krebsgeschwür ist, an dem das Handwerk trauert, daß dieses Uebel aber nur dadurch beseitigt werden kann, daß die Handwerker selbst dazu die nöthigen Verabredungen unter sich treffen und streng daran festhalten,

2) die Sache aber keine Genossenschafts-Angelegenheit ist, geht die Versammlung zur Tagesordnung über.

Zu einem Antrag, die Frage der Baugenossenschaften vor den nächsten Vereinstag zu bringen, macht Sonnemann die Bemerkung, daß die Frage schon auf dem in Leipzig am 23. und 24. Oktober stattfindenden Vereinstag zur Verhandlung kommen werde. Der Berichterstatter sei Brodhorst von Bremen. Er hoffe, daß die beiden Verbände sich ihre Erfahrungen gegenseitig mittheilen werden.

Um 3 Uhr wird der Vereinstag mit einer kurzen Ansprache von Schulze-Delisch geschlossen. (H. Fr. B.)

Mecklenburg. Schwerin, 19. August. Der hiesige Korrespondent der „Hamb. Nachr.“ schreibt: Die Beschlüsse der Stände über das vielbesprochene Gesetz wegen Bestrafung der Diebstahlsvergehen der Gutsleute auf den ritterschaftlichen Gütern waren den beiden mecklenburgischen Landesherren durch den ständischen Ausschuss auftragsmäßig unter dem 7. März d. J. mitgetheilt worden. Der ritterschaftliche Beschluß lautete, wie man sich erinnern wird, zustimmend, der Beschluß der Landschaft dagegen ablehnend. Der Umstand, daß hiernach ein Landtagsbeschluß nicht vorlag, sondern zwei einander widersprechende Beschlüsse beider Stände, hat bekanntlich die mecklenburg-schwerinsche Regierung nicht behindert, das Gesetz zu publiciren. Vor mir liegt gegenwärtig eine Abschrift des bisher noch nicht bekannten, vom Großherzog unterzeichneten und vom Minister v. Derges kontrafirmirten Reskripts vom 2. April d. J., durch welches die geschehene Publikation dem ständischen Ausschuss angezeigt und durch eine Kritik der ständischen Beschlüsse motivirt wird. Mit Bezug auf den Beschluß der Ritterschaft erklärt das Reskript, daß der Großherzog zu seiner Befriedigung ersahen habe, „mit welcher allseitigen Ein- und Umsicht“ die getreue Ritterschaft „denselben in nochmalige Erwägung gezogen habe“. Ueber den Beschluß der Landschaft ergeht dagegen folgende Kritik:

„Wenn unsere getreue Landschaft auch jetzt dabei verblieben ist, Unseren Entwurf selbst mit den von unserer getreuen Ritterschaft vorgelegten Vervollständigungen abzulehnen, so vermögen wir in den dafür vorgebrachten Motiven eine entsprechende Begründung dieser Ablehnung nicht zu erkennen. — Daß es ein dringendes Bedürfnis ist, die über diesen Gegenstand aufgetauchten Zweifel und Meinungsverschiedenheiten in dem Wege der Gesetzgebung zu erledigen, haben wir in unserem Reskript vom 17. September v. J. genügend dargelegt. Unsere getreue Landschaft hat sich dagegen der Widerlegung jener Gründe gänzlich entzogen und nur die bloße Behauptung des mangelnden Bedürfnisses wiederholt. — Der zweite Grund Unserer getreuen Landschaft, in dem Entwurfe sei der Grundsat ausgeprochen, daß der Gutsbesitzer in Fällen, wo sein eigenes Interesse in Betracht komme, die Sache selbst vollständig unteruchen und entscheiden könne, ist in dieser Allgemeinheit nicht begründet. Der Entwurf hat jenen Grundsat nicht neu eingeführt, sondern er hat nur das Prinzip, nach welchem die Anwendung einer auf Familien- und Dienstverhältnisse bezüglichen Strafwalt dadurch, daß die strafende Autorität selbst dabei interessiert ist, nicht ausgeschlossen wird, — ein Prinzip, welches in vielen Anwendungen dem bestehenden Rechte zu Grunde liegt, — nicht aufgehoben. Jener Grundsat widerspricht daher nicht bloß dem in Unserem Lande bestehenden Rechte, welches unsere getreue Landschaft in Bezug auf die Gutsbesitzer zu alteriren nicht berechtigt ist, sondern es ist dieses Recht in dem Entwurfe in seiner gegenwärtigen Gestalt auch mit solchen Beschränkungen und Sicherungen der Dienstleute gegen etwaigen Mißbrauch umgeben worden, daß von demselben ein nachtheiliger Mißbrauch für dieselben nicht zu besorgen ist.“ Das Reskript gelangt hierauf zu folgendem Schluß: „So sehr wir auch das Eingehen Unserer getreuen Landschaft in dieser Angelegenheit gewinnlich hätten, so vermögen wir doch ihrem so wenig begründeten Dissen keine Folge zu geben, und werden daher die beschlossene Verordnung nunmehr in ihrer abschließend abgeschlossenen Fassung publiciren lassen.“

Man darf einigermaßen gespannt sein, was die Landschaft auf

nächstem Landtage zu dieser Motivirung sagen wird, welche nicht nur ihr Recht der itio in partes zu einem illusorischen, sondern auch die Beschlüsse der Stände in ihrer Gesamtheit unwirksam zu machen droht. Wenn es der Regierung zusteht, die Gründe eines ablehnenden Beschlusses für ungenügend zu erklären und deshalb den Beschluß nicht zu respektiren, so haben künftig die Beschlüsse der Stände keine Bedeutung mehr, indem es gleichgültig sein wird, ob dieselben auf eine Proposition der Regierung zustimmend oder ablehnend antworten.

Rassau. Wiesbaden, 19. August. In der heute Abend stattgehabten Sitzung der zweiten Kammer ist der Bürgermeister Fuchs definitiv exkludirt worden. Der Antrag der Majorität lautete: „Die Wahl im 18. Wahlbezirk wegen Einwirkung auf dieselbe Seitens der Staatsbehörden in Mißbrauch der Amtsgewalt für ungültig zu erklären.“ Es stimmten dafür die 15 anwesenden Mitglieder der liberalen Partei; dagegen die 7 Liberalen.

Wiesbaden, 30. August. Die Ständeversammlung hat die Steueranforderung der Regierung zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse pro 1864 heute Morgen bewilligt, dagegen die sonst übliche Voranschlagsbewilligung von zwei Simpel direkter Steuern pro 1865 abgelehnt. Der Landtag pro 1864 wurde darauf für geschlossen erklärt. — Der Herzog hat aus Anlaß der Feier des 25. Jahrestages seines Regierungsantritts allen Deserteuren aus dem Militär „General-Pardon“ ertheilt.

Schleswig-Holstein.

Hamburg, 22. August, Mittags. [Telegr.] Auch der Lübecker Senat hat die mit Hamburg und den Bundeskommissären abgeschlossenen Telegraphenverträge publicirt. Nach telegraphischen Nachrichten aus Kopenhagen vom 21. d. Nachmittags wird dem Vernehmen nach der Reichsrath Ende der Woche geschlossen werden. — Der Prinz Humbert von Italien unter dem Namen eines Grafen von Monza reisend, mit zahlreichem Gefolge ist soeben von hier nach Lübeck abgegangen, von wo er nach Kopenhagen reist.

Altona, 21. August, Abends. [Telegr.] Nach der „Schleswig-Holsteinschen Zeitung“ hat die zahlreich besuchte Generalversammlung des Schleswig-Holsteinschen Vereins in Meldorf am Sonnabend Abend einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Der Verein erklärt, daß der Baron v. Scheel-Plessen nicht das Vertrauen des Landes besitzt und es nur Beforgniß erwecken kann, wenn ein Mann, der es im entscheidenden Augenblicke gezeigt hat, daß er Dänemark näher steht als unserm Lande, dazu berufen wird, die Interessen Schleswig-Holsteins bei den Friedensverhandlungen zu vertreten. — Nach Berichten aus anderen Landestheilen sind ähnliche Erklärungen auch Seitens anderer Vereine zu erwarten.

— Dem „N. M.“ wird aus Flensburg geschrieben: Unsere Schilderhänger, die erst vor Kurzem mit den Landesfarben, also blau-weiß-roth, angestrichen worden waren, haben jetzt plötzlich ein anderes Ansehen erhalten. Sie tragen jetzt zur Hälfte die preussischen und zur Hälfte die österreichischen Farben.

— Die Flensburger „Nordb. Ztg.“ glaubt die dem „N. M.“ entnommene Nachricht, daß von Seiten der Kommissäre auf Anfrage eines Flensburger Rhetors, ob sein Schiff unter schleswig-holsteinischer Flagge fahren könne, erwidert worden sei: daselbe möge die frühere, das ist die dänische, Flagge beibehalten, für unrichtig erklären zu können. Es ist dem gedachten Blatte zufolge im Gegentheil einem Flensburger Schiffsrheder von Herrn v. Jellitz zugejagt worden, daß die Flaggen-Angelegenheit baldigt werde geordnet werden.

— Mit der Reorganisation der Geistlichkeit in der Pfarrei Flensburg ist man — abgesehen von der Stadt, wo nur ein dänischer Prediger bis jetzt entlassen ist und neben drei Deutschen noch drei Dänen fungiren, — fast fertig geworden. Es sind 24 dänische Prediger entlassen worden. Bau, bei Flensburg, hat unseres Wissens noch seinen dänischen Prediger. Unter den nun angestellten deutschen Predigern sind 9, welche 1850 oder 1863 von den Dänen abgesetzt wurden. Außerdem befinden sich darunter mehrere jüngere, wie die Pastoren Knuth, Michelsen, Womsen, welchen als gebornen Schleswigern es unter der Dänenherrschaft unmöglich war, zu einer Predigerstelle zu gelangen. (H. M.)

— Aus Sonderburg wird gemeldet: Heute Morgen zogen wieder große Scharen durch die Straßen, die sich auf den ersten Blick als entlassene Soldaten der dänischen Armee bekundeten; — sie waren in der Frühe mit dem Dampfschiff „Obin“ von Nyborg gekommen und hatten bei dem 21. Regiment gestanden; wie es heißt, waren es 1100 Mann, die fast ohne Ausnahme aus Alsen und Sundewitt gebürtig. Das Schiff ging leer wieder fort — da von den wenigen Verwundeten, die hier noch liegen und fortzuschaffen sind — der Gefundeste dringend bat, hier erst seine ärztliche Heilung abwarten zu dürfen. Er muß also mehr Vertrauen zu seiner hiesigen Behandlung gehabt haben, als zu denjenigen, die seiner in Kopenhagen harrete. Ueberhaupt zeigen die Dänen große Dankbarkeit gegen die preussischen Aerzte.

Kopenhagen, 20. August, Abends. [Telegr.] In der heutigen Sitzung des Folkething verlas der Konseilspräsident auf die Interpellation Hansens eine Erklärung, deren Hauptinhalt dahin ging: Die gegenwärtige Regierung könne ebenso wenig wie die früheren in dem betreffenden Passus eine Bedingung anerkennen, würde sich aber bemühen, die neuen Verhältnisse in Uebereinstimmung mit dem §. 100 der Verfassung vom 5. Juni 1849 und dem §. 65 der Verfassung vom 18. November zu ordnen.

Hamburg, Montag 22. August Abends. Nach telegraphischen Nachrichten aus Kopenhagen vom 21. hat in der Sitzung des Folkething des Reichsrathes am Sonnabend der Minister Blume in der Debatte über die Interpellation der Bauernfreunde erklärt, die Wiedereinführung des dänischen Staatsgrundgesetzes in seinem ursprünglichen Umfange könne nur erfolgen, wenn der versammelte Reichsrath zu Gunsten des dänischen Reichstages auf seine Autorität verzichte und der Reichsrath alsdann diese Abtretung gutheißt.

Marhuus, Montag 22. August, Nachmittags. Die amtliche „Marhuuser Stiftstidende“ bringt eine Bekanntmachung der Regierung vom 21. August c., nach welcher alle Häfen und Landungsplätze Sütlunds nunmehr für die Post- und Handelschiffe unter den bereits früher gemeldeten Modalitäten geöffnet sind.

Großbritannien und Irland.

London, 20. August. Der friedfertig gesinnte Theil der Einwohner von Belfast ist mit dem Verhalten des städtischen Magistrats

höchst unzufrieden; und so weit man von hier aus beurtheilen kann, mit vollem Rechte. Sollte es mit einer bewaffneten Macht von 5000 Mann nicht möglich sein, das rohe Gefindel einer Stadt von etwa hunderttausend Seelen im Zaume zu halten? Die Truppen aber wurden hingeschickt, wo Alles ruhig war; und es schien nicht sowohl ihre Bestimmung zu sein, die Straßen zu säubern, sondern die streitenden Parteien auseinander zu halten. Einige kleine Kavallerie-Attaken, und die zwecklos tumultuirenden Haufen waren bald zerstreut gewesen, statt daß neue Scharen brutaler Gefellen die Straßen unsicher machen, jeden, der nicht zu ihnen gehört, mißhandelnd, ohne Unterschied des Alters oder Geschlechts. Gestern haben sich die Unruhen glücklicher Weise etwas gelegt; aber auf wie lange? Ganz ruhig war es nicht; denn bei einem protestantischen Leichenbegängnisse überfiel eine Anzahl Katholiken die Leidtragenden und feuerte gar auf dieselben. Auch in einigen anderen Städten des Nordens sind Straßentumulte ausgebrochen. In Dundalk haben die Katholiken den König Wilhelm III. in effigie verbrannt und dann, sich zusammenrottend, an protestantischen Schulen, an einer Methodistenskapelle und vielen Privathäusern die Fenster zertrümmert. Die Protestanten, deren Zahl in Dundalk nicht sehr bedeutend ist, enthielten sich der Widervergeltung. Wie sich aber ein Theil der irischen Presse nicht entblödet, die kindisch zwecklose Wuth der Parteien noch mehr anzujähren, möge man aus folgendem Hagaritel des Ulster Observer schließen: „Sollen die Katholiken Belfast sich schmiegen wie Hunde unter der Ferse dieser niederträchtigen Tyrannei? Sollen sie sich berauben und ermorden lassen, ungestraft? Sollen sie ruhig zusehen, wie der Abschaum der Stadt, angehetzt und geleitet von den feigen Bluthunden, welche ihr Werk hinter der feigen Maske thun, ihr Eigenthum vernichtet und ihrem Leben nachstellt? Wir haben Nachsicht und Geduld gepredigt; wir thun dies jetzt nicht mehr. Das vergossene Blut, die verübten Schandthaten, die angedrohten Unthun erheischen andere Worte und andere Handlungen, und wir rufen den Katholiken von Belfast nur zu: Vertheidigt euch selbst. Die Katholiken sind einer wilden Menge Preis gegeben; sie stehen unter der Kontrolle eines parteiischen und gewissenlosen Magistrats. . . . Die Drangisten haben sich verschworen, uns auszurotten; die Polizei spielt ihnen in die Hände u. c.“ Einen wohlthuenden Kontrast gegen derartige Auslassungen macht die milde, zu Frieden und Veröhnung ermahnende Ansprache des bischöflichen Roaditors, Dr. Dorrien, an die Katholiken von Belfast.

— Sir Moses Montefiore veröffentlicht einen Brief aus Mogador vom 4. August, der sich auf den neulichen skandalösen Vorfall, die quasi-richterliche Ermordung eines armen Juden bezieht und mit Beglaffung alles Nebensächlichen lautet:

Der Ober-Gouverneur der Provinz Haba, Sidi Dadi Abdalla, ist nach seinem Wohnsitz daselbst zurückgekehrt. So wie seine Excellenz die Einzelheiten des Voralles erfahren hatte, sprach er seine lebhafteste Mißbilligung über das Benehmen seines Stellvertreters in dieser abentheuerlichen Geschichte aus, und er hat einen langen Brief an unseren Gouverneur, Raïd El Mehdi, geschrieben und ihn beauftragt, ein Meeting der Häupter der Juden von Mogador zu berufen und ihnen den Inhalt des Schreibens mitzutheilen: — „Zur Entschuldigung und mit mannigfachen Verpfehlungen, Sorge zu tragen, daß die Wiederholung so grober Gewaltthatigkeiten in Zukunft nicht mehr möglich werde, und indem er seinen Wunsch ausdrückt, für das unglückliche Ereigniß, das, wie er sagt, in seiner Abwesenheit ganz ohne sein Wissen stattgefunden, einigen Ertrag zu leisten, erbietet sich Se. Excellenz, eine Geldbusse zur Sühne und zum Troste für die Familie des Verstorbenen zu erlegen, und daß die Familie ihm, nach dem Brand der Mauer, eine Freisprechung oder Verzeihung für das Leben des Getödteten geben soll.“ — Als die Verammlung der Juden den Inhalt des besagten Schreibens kennen lernte, wurde Rath gehalten, und nachdem die Juden erwogen hatten, daß sie früher zur Zeit der französischen und spanischen Kriege in diesem Reiche eine verhältnismäßig gute Behandlung und Beschützung von dem Volke der Provinz Haba unter der Leitung des besagten Raïd Dadi Abdalla erfahren hatten, und da sie fürchteten, sich in ähnlichen Verhältnissen die Mißgunst des Volks der besagten Provinz zuzuziehen, riefen sie den Anverwandten des Verstorbenen zu, sie sollten die Vorschläge des besagten Raïd Abdalla annehmen. Die Anverwandten indeß weigerten sich dessen, jagend, sie hätten den Fall an die fremden Gesandten berichtet und wollten diesen das Weitere überlassen. Aber die Juden hoben hervor, welche Gefahr aus solcher Weigerung entsprünge, und sie zwangen die Anverwandten, die nach maurischem Gebrauch und Gesetz erforderliche Freisprechung oder Verzeihung auszustellen. Und die Versammlung weigerte sich, von Seiner Excellenz Raïd Abdalla die von denselben angebotene Geldbusse zu nehmen, sondern die Juden schloffen unter sich die Summe von 123 £. zusammen und sie überreichten selbe den besagten Anverwandten des Todtgeschlagenen.

Unterzeichnet ist das charakteristische Schreiben von Abraham Corcos.

Frankreich.

Paris, 20. August. Der König Franz von Spanien kehrt nicht zur See über Valencia heim, sondern direkt über Bayonne und Pampelona. Da er die Königin Christine in Havre nicht besuchte, so kam die Mutter der Königin Isabella II. am 19. nach Paris und empfing hier den Gemahl ihrer Tochter.

— Der „Courrier du Dimanche“ theilt Näheres über die Schritte mit, welche der französische Botschafter zu Rom, Graf Sartiges in dem Cohen-Falle gethan hat. Der Vater des geraubten Knaben hatte sich, obgleich nicht Franzose, an den französischen Botschafter gewendet, welcher in officieller Weise das Ersuchen stellte, den Geraubten seinen Eltern zurückzugeben. Man machte ihm den Einwurf, daß der junge Cohen, als man ihn befragt und angehört, den unerschütterlichen Entschluß kundgethan habe, Christ zu werden und daß, so lebhaft auch der Wunsch der päpstlichen Regierung sei, dem Wunsche Frankreichs nachzukommen, es nicht vom heiligen Stuhle abhängen, einem so fest ausgesprochenen Wunsche entgegenzukommen. In dieser Situation blieb dem Grafen von Sartiges nur übrig, nach Paris zu referiren; er that dies und fügte zugleich einen sehr ausführlichen Bericht an Drouyn de Lhuys bei. Wie der „Courrier“ weiter mittheilt, hat das Tuillerieskabinet keineswegs gezeugert, einen Entschluß zu fassen, und sind bereits dem Grafen von Sartiges detaillirte Instruktionen zugegangen. Das genannte Blatt glaubt kein Dementi befürchten zu müssen, wenn es aufs Bestimmteste versichert, daß die vom Minister des Auswärtigen an den Grafen Sartiges abgesandte Depeche in einer Sprache abgefaßt ist, in welcher die dem heiligen Vater gebührende Ehrfurcht mit einer großen Festigkeit, wo nicht mit einer gewissen Strenge gepaart ist. Die französische Regierung scheint sich besonders auf den Standpunkt gestellt zu haben, daß die in Betreff des jungen Cohen ergriffene Maßregel nicht allein aus der päpstlichen Herrschaft entspringen sei, deren Ausübung von Niemandem kontrollirt werden könne, sondern daß sie aus mehr als einem Grunde die Beihilfe der weltlichen Macht in sich schließe. Nun aber sei in der gegenwärtigen Zeit der Papst als weltlicher Herrscher genöthigt, der öffentlichen Meinung Rechnung zu tragen. Wie der Korrespondent des „Courrier“ angibt, haben diese Schritte einen sehr guten Eindruck hervorgebracht. Er spricht im Interesse des heiligen Stuhles selbst die feste Hoffnung aus, daß diesmal die französische Vermittelung nicht ohne Erfolg sein möge.

Der „Moniteur“ enthält Nachrichten von dem Senegal, die bis zum 28. Juli reichen. Es war eine Expedition gegen den Maurenhäuptling Uld-Gyba unternommen worden, der im verfloßenen Juni unter Beistand der Toucouleur's Bosjgabe acht Handelsfahrzeuge, die vor dem Dorfe Danale angelegt hatten, überfallen und ausgeplündert hatte. Es war, um ihn zu züchtigen, eine Kolonne von 800 Mann ausgeschiedt worden. Ein Theil derselben ging am 18. bei Danale ans Land, tödtete etwa 40 Mann mit dem Bayonnet und steckte das Dorf in Brand. Am 19. wurde das große Dorf Kaedi, dessen Einwohner mit Uld-Gyba und dessen Mauren entflohen waren, umzingelt. Zweihundert Maurenzette und 2000 Hütten der Toucouleuren wurden bei dieser Gelegenheit niedergebrannt. An demselben und dem darauf folgenden Tage wurden alle übrigen Dörfer dieses Stammes längs des Stromes eingeäschert. Als die Expedition sich zur Rückfahrt nach St. Louis anschickte, hat die Bevölkerung um Gnade und nahm die ihr auferlegten Friedensbedingungen an. Die ganze, 110 Stunden weit von der Kolonie-Hauptstadt vorgenommene Expedition nahm fünf Tage in Anspruch. Die Verluste des Feindes waren bedeutend. Von französischer Seite kamen drei Mann um.

Das „Memorial Diplomatique“ hat Nachrichten aus Mexico, die von dem neuen kaiserlichen Hofe stammen. Am Geburtstage des Kaisers haben auch die in Mexiko ansässigen Deutschen eine Beglückwünschungs-Adresse überreicht. Die Kaiserin hat darauf Folgendes erwidert: „Ich entledge mich einer angenehmen Aufgabe, indem ich Ihnen im Namen des Kaisers für Ihre lebenswürdige Adresse danke. Sie konnten schon wahrnehmen, wie sehr uns die Sie befehlenden Gefühle rührten, als wir bei unserm Einzuge in die Hauptstadt, tief ergriffen, Ihre Hochs, in der heimischen Sprache ausgebracht, als die Vorbote einer glücklichen Zukunft entgegen nahmen. Heute schäze ich mich glücklich, Ihnen unseren durch den neuen Beweis Ihrer Sympathie noch gesteigerten Dank auszusprechen und die Versicherung beizufügen, daß die Interessen und die Wohlfahrt der in Mexiko ansässigen Deutschen der stete Gegenstand meiner Bemühungen sein werden.“

Rusland und Polen.

R. C. Petersburg, 16. August. Die Finanzfrage beherrscht heute alle übrigen. In den letzten Monaten hatten die in den Donaufürstenthümern vorgenommenen Veränderungen und der Kampf Dänemarks gegen die deutschen Großmächte alles Interesse oder vielmehr die ganze Neugier des Publikums in Anspruch genommen. Die Möglichkeit gewisser Verwickelungen, die Russland eine thätige Rolle zu übernehmen verpflichtet hätten, wurde unbestimmt durchgeführt, man war in Spannung und die Blicke wandten sich unwillkürlich nach England und Frankreich, in deren Hand sichtlich die Entscheidung über Krieg und Frieden lag. Obwohl die Lage der Dinge noch nicht ganz bestimmt ist, so bietet sie doch gegenwärtig keine unmittelbare Gefahr für den allgemeinen Frieden und die Möglichkeit eines Krieges ist wenigstens für Russland so entfernt, daß wir uns deshalb keineswegs ernsthafte Sorgen zu machen hätten. Unsere Betrachtungen wenden sich daher wiederum mit ihrem ganzen Ernste unsern innern Angelegenheiten zu und ermangeln weder Belehrung noch des Nutzens, sind aber keineswegs trostreich. Diese Art von Generalbekenntnis eines ganzen Volkes können wir nicht umgehen. Ueberall hört man nur dieselbe Phrase: „Der Kurs fällt von einem Tage zum andern.“ Der Kaufmann, der seine Einkünfte im Auslande macht, sowohl als der Privatmann, der seine Frau und Kinder zu den Heilquellen oder in das wohlthuende Klima anderer Länder schickt, leidet darunter. Und das ganze Publikum entgeht den Rückwirkungen dieses beklagenswerthen Zustandes nicht, indem der Preis der Waaren nothwendig steigt, womit die Gehalte durchaus nicht im Verhältniß stehen, so daß daraus ein allgemeines Unbehagen hervorgeht. In dieser Lage sucht man wie in ähnlichen, wenn die Schuld aufzubürden sei. Ohne sich genau Rechenschaft zu geben, ob man die beiden großen ökonomischen Tugenden, Arbeit und Ersparniß geübt habe, schiebt man die Verantwortlichkeit für die Uebel, an denen man leidet, immer höher hinauf. Und wir können nicht umhin, einzugestehen, daß unsere Finanzverwaltung unglücklicherweise der Kritik Stoff bietet. Gewisse nicht vollkommen durchdachte Maßnahmen waren nur Palliativ-Mittel und haben die Schwierigkeiten unseres Marktes noch erhöht. Man begreift daher und entschuldigt die Klagen unserer Gutsbesitzer, die von ihren ausgedehnten fruchtbaren Besitzungen die Produkte wegen mangelnden Absatzes und Kredits unterm Werthe loszuschlagen müssen; also keine lohnende Entschädigung von ihrer Arbeit haben. Von unserm Handel hört man dieselben Klagen und er ist auch nicht glücklicher in seinen Bemühungen, aus diesem Zustande der Verjüngung herauszukommen, unter dem er zu Grunde geht. Wir haben schon erwähnt, daß die Eisenbahnfrage überall angeregt wird. Gutsbesitzer und Kaufleute, Bauern und Industrielle sind so überzeugt von der Nothwendigkeit, unser Eisenbahnnetz zu vollenden, daß bereits auf verschiedenen Punkten kleine Eisenbahnzweige in Angriff genommen sind, die man untereinander verbinden wird, wie und wann es sein wird, dann nämlich, wenn durch eine bessere Organisation des Kredits wir die jetzt uns fehlenden Kapitalien gefunden haben werden. Gegenwärtig spricht man von einer neuen Organisation des Grund-Kredits, deren Grundlagen noch erörtert werden und zugleich erhalten wir die Nachricht von der Gründung einer Privatbank unter dem Namen: „Petersburger Handelsbank“, deren Gründer unsere ersten Vertreter des Handelsstandes sind: Baron Hauff, Eljsew, Kagalet, Clemens, Brandt &c. Das Grundkapital wird zehn Millionen Rubel Silber betragen und auf 40,000 Aktien, jede zu 250 Rubel Silber, vertheilt, wovon die Hälfte sofort ausgegeben werden soll. Die Bestimmung dieser Kommerz-Bank ist, dem Handel aufzuhelfen durch Escomptiren von Wechseln, Darlehen auf Waaren oder Werthpapieren und anderen Operationen. Die Kommerzbank ist berechtigt, Zweigbanken an geeigneten Orten des Reiches zu errichten. Daß diese Bank ein Bedürfnis ist, dafür sprechen schon die vielfachen früheren Versuche, sie ins Leben zu rufen, die aber leider keinen Erfolg hatten. Die Gründung der Handelsbank hat natürlich viel Aufsehen gemacht und Jeder ist geneigt, diesem Institut, dessen Bedürfnis so lebhaft empfunden wurde, einen großen Erfolg in Aussicht zu stellen. Unser Börsenhandel mit dem Auslande befindet sich wegen des mangelnden Kredits in keiner blühenden Lage, die Mehrzahl unserer Kapitalisten hat aus verschiedenen Gründen den Platz verlassen und die Staatsbank hat der gegenwärtigen Sachlage gegenüber unermüdet. Im letzten Jahre zur Zeit des ungeheuren Fallens des Kurses und der damit verbundenen Furcht haben wir den Beweis dafür gehabt. Wir haben daher allen Grund uns zu freuen, daß unsere ersten Negocianten die Initiative ergreifen und diese wichtige Angelegenheit kräftig durchführen, indem sie ihre Kapitalien vereinigen im Interesse Aller. Den Zweifeln, die gegen die Natürlichkeit dieser Handelsbank erhoben sind, insofern schon eine Staatsbank existire, können wir nur er-

widern, daß die Staatsbank als officielles Institut keineswegs im Stande ist, allen persönlichen Bedürfnissen nachhaltig zu entsprechen, ferner wird die Handelsbank nur eine Hilfsbank der Staatsbank sein, sie wird näher in die Lage der Privatpersonen eingehen, und es ist von ihrer Seite kein Antagonismus zu fürchten. Auch kommt die Staatsbank großmüthig der neuen Handelsbank zu Hülfe, sie nimmt ein Fünftel der das erste Mal zu emittirenden Aktien mit Verzicht von 5 Proz. jährlicher Dividende während 10 Jahre! Das ist eine moralische, nicht bloß materielle Unterstützung, die auch den größten Pessimisten Vertrauen einflößen muß. Die Petersburger Handelsbank hat die Zukunft für sich, und wird gute Dividenden geben, das glauben wir sicher zu sein. Wenigstens haben alle Institute dieser Art im Auslande den Erwartungen entsprochen. Die Gründer der Bank haben unter Benutzung der auf anderen Handelsbanken gemachten Erfahrungen das Reglement mit Verstand und Umsicht ausgearbeitet, damit die Kapitalien nicht auf eine gewagte Unternehmung verwandt werden. Alle Möglichkeiten sind erwogen. Der Verwaltungsrath zeigt sich umsichtig, streng, und wir können nicht gut einsehen, wie diese Handelsbank nicht Erfolg haben sollte, besonders in der Gegenwart, die sie als eine unabwiesliche Nothwendigkeit forderte.

Die Eisenbahn zwischen Kolonna und Näsien ist vollendet und bereits den 5. August dem Gebrauch übergeben worden.

* Wilna, 20. August. Der hiesige „Wieftnik“ hat bis jetzt 70 Güter in Litthauen als konfiscirt aufgeführt. Nach dem Blatte ist den polnischen Gutsbesitzern Litthauens ohne Unterschied eine neue Steuer zu 5 pCt. vom Einkommen zum Besten der griechisch-orthodoxen Kirche auferlegt.

Amerika.

New York, 10. August. Die Invasion Marylands ist wiederum zu Ende. Die Bundesstruppen haben Hagerstown eingenommen und der Feind trat darauf den Rückzug über den Potomac an. General Averill folgte ihm, holte ihn am 7. bei Moorfield ein, schlug ihn aufs Haupt und nahm ihm 600 Gefangene und 4 Kanonen ab. Sheridan ist mit dem Kommando der mittleren militärischen Division, d. i. des Departments Washington, Susquehanna's, Marylands und Westvirginiens betraut worden. — Bei Petersburg ist es am 5. zu einem heftigen Kampfe gekommen, in welchem dieses Mal den Unionstruppen der Sieg blieb. Ein Angriff des Feindes wurde zu dessen bedeutendem Verluste zurückgeworfen. General Grant machte am 6. und 7. eine Inspektionsreise nach Washington und dem oberen Potomac und kehrte, nachdem er mit Sheridan ein Rendezvous in Monocacy, Maryland, gehabt, am 8. in sein Hauptquartier bei Petersburg zurück. — Admiral Farragut's Expedition gegen Mobile scheint von großem Erfolge begleitet zu sein. Wie officiële Depeschen des Feindes vom 5. d. einräumen, ist der Admiral nach einem verzweifelten Kampfe mit den Forts Morgan und Gaines und der konföderirten Flotte, wobei der nordstaatliche Monitor „Tennessee“ versank, dagegen die konföderirten Widderschiffe „Tennessee“ und „Selina“ genommen wurden, in den Hafen eingelaufen und nähert sich mit 14 Panzerdampfern und 3 Thurmsschiffen der Stadt. Der feindliche Admiral Buchanan ist verwundet in nordstaatliche Gefangenschaft gerathen. — Ueber das Treffen vom 28. berichten Briefe von Sherman's Armee, daß es durch einen Verjuch des konföderirten Generals Hood, in Sherman's Flanke zu fallen, herbeigeführt ward. Der Kampf war äußerst hartnäckig und eine Zeit lang schwankend, schließlich aber warfen die Bundesstruppen den Feind zurück. Die fünfzig nordstaatlichen kriegsgefangenen Offiziere, welche in Charleston, und die fünfzig konföderirten, welche in Morris Island dem feindlichen Feuer ausgesetzt werden sollten, sind gegen einander ausgewechselt worden, und die von den Konföderirten ursprünglich beabsichtigte barbarische Maßregel wird somit glücklicherweise nicht zur Ausführung kommen. — Die New Yorker „Times“ und die „World“ behaupten, der Kriegsminister Stanton habe sein Abschiedsgesuch eingereicht, welches vom Präsidenten angenommen worden sei.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 23. August. Obgleich gestern Abend sich auf dem alten Markte und besonders in der Nähe der eingebildeten Erscheinung wieder eine große Volksmenge versammelt hatte, wurde die Ruhe doch in keiner Weise gestört. Die zahlreich aufgestellte Polizei sah dem Treiben Anfangs ruhig zu und gegen 10 Uhr gelang es ihrem glücklichen Zureden, die Menge zum Auseinandergehen zu bewegen. So ist der mit der Proklamirung des Tummelgesetzes beabsichtigte Zweck erreicht und eine Wiederholung der Ruhestörungen nicht zu befürchten. Der „Dziennik poznański“, der, wie sich von selbst versteht, sich das Wunder rationell zu erklären weiß, findet doch die Zusammenrottungen des Volks ganz natürlich und ist der Meinung, man müsse jedem Theile seine Eigenthümlichkeit lassen, und nicht aus dem Volke Philosophen machen wollen. In Berlin habe ja kürzlich das Volk sich sogar zusammengerottet, um seine Lächer in das Blut eines hingerichteten Verbrechers zu tauchen. Allerdings, das beweist, daß es in Berlin auch Dummheit giebt, aber sie haben wenigstens keine Fenster eingeworfen — gleichwohl hat sich in Berlin kein Journal gefunden, das diesen Unsinn zu beschönigen gesucht hätte.

Gegen mehrere bei dem vorgestrigen Straßenaufmarsch betheiligte Personen, welche verhaftet sind, ist die Untersuchung wegen Widergesetzlichkeit gegen obrigkeitliche Gewalt eingeleitet.

Der heutige „Staatsanzeiger“ enthält den Allerhöchsten Erlaß vom 11. Juli 1864, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der von den Kreisen Kosten und Frankfurt, im Regierungsbezirk Posen, beschlossenen Kreis-Chauffeebauten 1) von Grätz über Kosten und Jerfa nach Kunowo zum Anschluß an die Gostyn-Dolziger Chauffee, und 2) von Lissa über Storchneß, Wognowice und Kriewen nach Jerfa; ferner das Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreisobligationen des Kosteners Kreises im Betrage von 150,000 Thaler, vom 11. Juli 1864.

Die „Patr. Ztg.“ findet es auffällig, daß sich unter den neu-lich vom Kaiser von Russland Decorirten nicht der Landrath v. Young, früher in Straßburg, befinde und vermuthet, Herr v. Y. werde ganz besonders ausgezeichnet werden!

[Methodologischer Kursus.] Der Mangel an seminaristisch ausgebildeten Lehrern ist in unserer Provinz noch immer sehr bedeutend, und selbst in den katholischen Schulverhältnissen, für welche doch in zwei Seminarien, Posen und Waradise, Lehrer ausgebildet werden, ist diesem Bedürfnisse immer noch nicht abgeholfen; daher werden noch alle Jahre viele nicht im Seminar ausgebildete Lehrer angestellt, wenn sie nur vor einer Prüfungskommission ein vorgedriebenes Examen bestanden haben; ja, an evangelischen Schulen erfolgt noch häufig genug die provisorische Anstellung von Personen, die auch dieses Examen noch nicht gemacht haben. Für solche junge Leute wird in dem einen evangelischen Seminar alle Jahre und in jedem der beiden katholischen alle zwei Jahre ein vierwöchentlich methodologischer Kursus veranstaltet, nach welchem die Kursisten die vorgedriebene Prüfung machen können. Dieser Kursus hat in hiesigen katholischen Se-

minar am 11. d. Mts. begonnen, und nehmen an demselben fünf angehende Lehrer aus der Provinz theil. Die jungen Leute erhalten während des Kurses von der königl. Regierung eine Geldunterstützung.

[Skandal.] In der W.'schen Defillade am alten Markte entstand gestern Nachmittag Streit und Schlägerei zwischen zwei betrunkenen Arbeitern, die durch den dabei gemachten Lärm bald einen großen Volkshaufen vor dem Lokale verlammt hatten. Um dem Volke nicht Gelegenheit zu neuen Excessen zu geben, bemächtigten sich einige abgefechtete Soldaten der nahen Hauptwache der Schläger und brachten sie auf die Wache, vor welcher nun freilich der Volkshaufen noch größer wurde.

[Muthwillen.] Ein Hohlwagen stieß gestern mit einem leichten Bauernwagen zusammen, wodurch der letztere zum Theil zerbrochen wurde. Die Schuld dieses Zusammenstoßes lag auf Seiten des Hohlwagenführers, der muthwillig in den Bauernwagen hineinfuhr, und darnach den Bauern noch mit Grobheiten überhäufte. Zwei Offiziere, die den Vorfall mit angesehen, nahmen sich des rathlosen Landmannes an, indem sie genauere Erklärungen über den Hohlwagenführer einzogen und dann den Bauern auf die Polizei führten, wo der ganze Vorfall aufgenommen wurde.

r Preis vom 19. August. [Frevel; Auszeichnung.] Jetzt, so kurz vor der Erntezeit, kommt es nicht selten vor, daß boshafte Menschen Hopfenpflanzungen durch Abschneiden zerstören. In den letzten acht Tagen hat dies namentlich mehrere minder wohlhabende Produzenten im hiesigen Kreise betroffen. Zu bemerken ist, daß, so wie im vorigen, auch in diesem Jahre, die rathlosen Hände sich nur an den Pflanzungen solcher Produzenten vergreifen, welche nicht zu den Mitgliedern der im vorigen Jahre in Bentschen ins Leben getretenen, auf Gegenseitigkeit beruhenden „Hopfen-Versicherungs-Gesellschaft“ gehören. Die Plantagen der Versicherten sind an einer dort an einem Fuhle angebrachten mit der Gesellschafts-Firma bezeichneten Tafel leicht zu erkennen. Dieser Umstand dürfte dazu beitragen, der qu. Versicherungs-Gesellschaft, die bereits ca. 150 Mitglieder zählt, viele neue Mitglieder zuzuführen. — Bei dem neulich in Kottarzewo stattgehabten Brandunglücke (s. Nr. 185 d. Zeitung) hat sich, außer dem dortigen Bürgermeister und dem Gensdarmen S. in Wollstein, vorzugsweise der Amtmann Großmann aus Goscieszyn ausgezeichnet. Den zweckmäßigen Anordnungen der genannten drei Herren ist es namentlich zu verdanken, daß das Feuer, welches gleich beim Entfesseln mit großer Schnelligkeit um sich gegriffen, nicht weitere Fortschritte gemacht hat. Das ganze Städtchen, welches zum größten Theile eine weiche Bedachung hat, war der Gefahr ausgesetzt, ein Raub der Flammen zu werden.

□ Lissa, 21. August. [Durchzüge der dänischen Kriegsgefangenen; die projektierte städtische Wasserleitung; die Gasbeleuchtung; Circus Weissmann.] Heute Nachmittag führte uns ein Extrazug abermals einen Transport gefangener Dänen, unter ihnen den Kapitän Hammer, direkt von Breslau aus zu. Dieselben dürften wohl die letzten der in preussischen und österreichischen Festungen internirt gewesenen Kriegsgefangenen sein, da ähnliche aber größere Transporte nach einander am 14., 16. und 18. d. M. bereits auf der Breslau-Posener Bahnlinie nach Stettin zur Einschiffung in Seinerminde befördert worden sind, während andere Transporte gleichzeitig ihren Weg auf den Nordbahnen zur Einschiffung in Lübeck und anderen Hafenorten genommen haben. Die Neugierde, die seltenen Gäste zu sehen, trieb unsere Einwohnerlichkeit massenhaft stets von Neuem nach den Umgebungen des Empfangsgebäudes. — Die projektierte Wasserleitung für die hiesige Stadt scheint nun der Ausführung ganz nahe gerückt zu sein. Seit etwa acht Tagen liegen die aufgeführten Höhren massenhaft an den Straßen und freien Plätzen aufgeschichtet. Viele waren anfangs der Meinung, daß diese Höhren für die städtische Gasbeleuchtung bestimmt seien und überließen sich schon der Hoffnung, mit dem Eintritt der Herbst- oder Wintermonate unsere Straßen durch Gaslampen erleuchtet zu sehen. Diese Hoffnung ist nun aber im eigentlichen Sinne des Wortes zu Wasser geworden. Denn die Höhren sind und bleiben für die Wasserleitung, die auf städtische Kosten eingerichtet wird, während der Vertrag für Herstellung einer Gasbeleuchtung abermals nichtig geworden, wenigstens ad calendas graecas verschoben sein soll. — Seit 14 Tagen hat die in weiten Kreisen durch ihre Leistungen bekannt gewordene Koller-Weismannsche Seiltänzer-, Akrobaten- und Gymnastengesellschaft im hiesigen Schießbausegarten ihre Arena eingerichtet und giebt unter zahlreicher Vertheilung des Publikums fast täglich Vorstellungen in derselben. Die Leistungen der Gesellschaft sind wirklich staunenswerth. Sie beabsichtigt von hier unmittelbar nach Posen abzureisen.

□ Pleschen, 21. August. Nachdem am vorigen Sonntage von der Kanzel in der Pfarrkirche verkündet worden war, daß alle 4 Wochen deutsche Predigt und diese zunächst für heute in der St. Florianikirche stattfinden würde, war ein großer Theil der hiesigen Kirchengänger, begünstigt durch gutes Wetter, der am äußersten Ende der Stadt liegenden Kirche zugeeilt, um dem Messopfer, 8 Uhr Morgens, beizuwohnen. Nach Beendigung der heiligen Messe sprach Herr Pfarrer Bielawski in mir unverständlichen polnischen Worten an die Kirchengemeinde und erklärte in deutscher Sprache am Altare, daß jetzt deutsche Predigt folgen würde und er fordere die deutschen Katholiken auf, näher zu treten, damit er sie kennen lerne. Ein großer Theil der polnischen Katholiken entfernte sich nach dem Messopfer aus der Kirche, und während der Predigt war außer dem amweisenden Militär, welches sich noch immer seinen richtigen Begriff hiesiger politischer Verhältnisse machen konnte, dennoch eine ansehnliche Zahl auch polnischer Katholiken zurückgeblieben, die der Andacht folgte. Obgleich die Wahl des Textes: „Man kann nicht zweien Herren dienen“, nach jahrelangem fruchtlosem Erbarren geistiger Nahrung in deutscher Sprache, Befürchtungen rege werden ließ, politische Anschauungen in die Predigt verwebt zu sehen, so war davon doch keine Rede, und es muß besagt werden, daß Herr Pfarrer Bielawski jede Klippe vermied, um Anstoß zu erregen und seine auto deutsche Sprache, wie sein vorzüglicher Redefluß allgemeine Anerkennung gefunden hat. Nicht Ueberbebung läßt mich glauben, daß endlich dem hiesigen kirchlichen Bedürfnis der katholischen Deutschen dauernde Abhilfe geschaffen werden wird und wenn auch die stiefmütterliche Behandlung, uns der entferntesten Kirche zuzuwenden, gewissermaßen verkehrt ist, so glaube ich doch, daß Se. Eminenz der Herr Erzbischof Veranlassung nehmen wird, den Herrn Pfarrer anzuweisen, daß er im eignen Interesse der Kirche auch nachhins die Pfarrkirche der deutschen Predigt nicht verschließt. Es wäre wohl zu bedenken, daß der heutige Tag in der hiesigen Provinz der Vorabend des 22. August 1844 ist, an dem Schneidmühl dem Katholicismus ein warnendes Beispiel gab (Ezerki's Vossagung von der katholischen Kirche).

□ Wollstein, 19. August. Die bisherige hiesige Privat-Blinden-Anstalt ist, seit dem 1. Juli c., nach den Beschlüssen des im Jahr 1862 versammelt gewesenen Provinzial-Landtags in eine Provinzial-Blinden-Unter-richts- und Erziehungsanstalt mit 15 Freistellen umgewandelt worden. In Betreff der Aufnahme von Böglingen in die Anstalt hat das k. Provinzial-Schulkollegium Folgendes festgelegt: 1) es werden für jetzt nur Knaben in die Anstalt aufgenommen; 2) das religiöse Bekenntnis ist für die Aufnahme nicht entscheidend; 3) das Alter der aufzunehmenden Böglinge soll nicht unter 8 und nicht über 15 Jahre sein; 4) die Anmeldungen zur Aufnahme geschehen auf den Antrag der Eltern oder sonstigen Angehörigen des blinden Knaben durch die Ortsbehörde resp. durch Vermittelung des Herrn Kreislandraths bei der ständigen Verwaltungskommission für die Blindenanstalt zu Danden des Herrn Regierungsraths v. Lebbin zu Posen. Diesen Anmeldungen ist beizufügen a) ein Tauf- resp. Geburtschein, b) eine Bescheinigung des beizuführenden Kreisphysikus, daß der Aufzunehmende außer seiner Blindheit mit keinen andern körperlichen Gebrechen befaßt, körperlich und geistig gesund, und daher bildungsfähig sei, c) eine Erklärung der betreffenden Ortsbehörde, den Bögling nach bewilligter Aufnahme kostenfrei der Anstalt zu überbringen, denselben auch jeder Zeit auf vorangegangene Aufforderung auf eigene Kosten zurückzunehmen, sei es nun nach erlangter Ausbildung oder aus irgend einem andern Grunde auch schon früher. 5) Die Aufnahme selbst erfolgt für das erste Jahr nur interimsisch. Stellt sich während desselben die gänzliche Bildungsunfähigkeit des Bögling heraus, so wird derselbe auf den diesfälligen Antrag der Beamten resp. des Arztes der Anstalt seiner Gemeinde zurückgegeben. Im entgegengesetzten Falle bleibt der Bögling in der Anstalt; 6) die Dauer des Aufenthalts in der Anstalt wird auf höchstens sechs Jahre angenommen. Bei besonderer Befähigung eines Bögling, welche es demselben möglich machen sollte, den Unterrichtscursum in einer kürzeren Zeit mit Erfolg durchzumachen, ist eine frühere Entlassung gestattet. Ein längerer Aufenthalt, als der normalmäßige von 6 Jahren, würde nur in ganz besonderen Fällen nachgegeben sein. Inspektor der Anstalt ist nach wie vor Herr Kienel, welcher derselben seit kurzer Zeit nach ihrer Begründung mit ganz gutem Erfolg vorsteht. Für den Religionsunterricht der Böglinge beider christlichen Konfessionen ist bereits gesorgt.

□ Gnesen, 19. August. Unter den polnischen Damen Gnesens ha-

